

# Politik und mangelnde Solidarität sind schuld

Diskussion um Unterbringung von Asylbewerbern – Streit zwischen Backnang und dem Landrat scheint ausgeräumt

*BK 7.4.01*  
**Backnang – Dass die Stadt Backnang unverhältnismäßig stark belastet wird mit der Unterbringung von Asylbewerbern, daran ist die Politik schuld – und auch die mangelnde Solidarität unter den Kommunen. Oberbürgermeister Jürgen Schmidt: „Backnang ist nur ein Symptom, an dem deutlich wird, dass an dem Gesetz etwas nicht stimmt.“**

VON REINHARD FIEDLER

Es war eine intensive, es war aber auch eine erstaunlich sachliche Debatte, die am Donnerstagabend im Gemeinderat abließ. Und am Ende war klar: Der Streit mit dem Landrat ist beigelegt. Denn der eigens angereiste und souverän agierende Horst Lässig vermochte deutlich zu machen, dass er nicht verantwortlich ist für das, was er im Auftrag des Landes zu tun hat, nämlich für die Unterbringung zu sorgen. Die Empörung, die in der Stadt wochenlang Wellen geschlagen hat, war freilich nicht umsonst. Denn Lässig rückte von einer etwas beängstigenden Zahl ab: Von den ursprünglich über 300 Asylbewerbern, die das Landratsamt im Marienheim unterbringen wollte, bleiben jetzt „unter 200“ übrig, die größtenteils aufs Langbein-Areal an der Gartenstraße ziehen werden. Wobei der Landrat zu Recht die Verantwortung dafür ablehnt, dass die Gartenstraße ins Gespräch gebracht wurde.

## Vergangenheitsbewältigung bringt nichts

Das waren die Backnanger selbst. Will heißen die Firma Dibag, die zusammen mit der Stadt ein Kompetenzzentrum im Adolf-Gelände schaffen will, dort (im Marienheim) die Asylbewerber deshalb nicht möchte und infolgedessen nach einer Alternative suchte und diese in der Gartenstraße fand – zum Leidwesen der dortigen Anlieger und benachbarten Firmen. „Ich erhalte ohne Unterlass 40 bis 45 Leute pro Monat zugewiesen“, schilderte Lässig sein Dilemma. Wenn dann



Ein sehr seltenes Bild: Landrat Horst Lässig (stehend) im Backnanger Gemeinderat.

Fotos: M. Melchert

der Marienheim-Eigentümer das Haus zu den vom Land akzeptierten Konditionen zur Vermietung anbietet, dann müsse er zugreifen. „Ich bin ein Gefangener dieser Vorgabe.“ Dass das Marienheim anderen Zwecken dienen sollte, das habe er nicht konkret gewusst. Die Stadt, so Lässings verhaltene Kritik, habe ihn darüber erst im Nachhinein informiert. Er versteht auch nicht, dass Backnang das Heim nicht gekauft habe, schließlich habe es an Mieteinnahmen etliche Millionen gebracht. Doch so einfach war dies wohl doch nicht, wie Finanzbürgermeister

## WORTWÖRTLICH

*Ich weiß nicht, ob Sie nochmals Landrat geworden wären, wenn das die Backnanger Kreisräte gewusst hätten.*

*Ein eher populistischer Angriff von Stadtrat Alfred Bauer auf Horst Lässig, obwohl dieser deutlich gemacht hatte, dass er tun muss, was das Land vorschreibt.*

Walter Schmitt die komplizierte Geschichte ausführlich erläuterte: „Das Grundstück ist mit sechs Millionen belastet, wir gehörten eingesperrt, hätten wir das getan.“ Dass der Landrat gebunden ist, das sah nahezu jeder im Ratstrund, und so wurde denn auch bald auf Vergangenheitsbewältigung verzichtet, „weil das nichts bringt“ (Christa Elser). Die SPD-Chefin, ihr CDU-Kollege Dr. Gerhard Ketterer und der Oberbürgermeister konzentrierten sich demzufolge auf das, was noch zu ändern ist: Auf eine bessere, auf eine gerechtere Lastenverteilung im Kreis. Ket-

terer mahnte Landrat und OB gleichermaßen, auf die anderen Städte und Gemeinden „moralischen Druck“ auszuüben. Elser will das Thema im Kreistag behandelt wissen, weil es ja nicht sein kann, dass der Landrat von den allermeisten Bürgermeistern nur Körbe bekommt. Damit's nicht zur parteipolitischen Auseinandersetzung kommt, erwähnte Christa Elser auch, dass das gültige Asylgesetz von allen Parteien so beschlossen wurde, wie es jetzt ist. Erschwert wird die Unterbringungsproblematik durch die Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes in Baden-Württemberg. Danach müssen nämlich seit 1998 die Asylbewerber in Sammelunterkünfte gesteckt werden. Eifre dezentrale und damit Konflikte entschärfende Unterbringung ist nicht möglich. Schmidt will sich dieserhalb an die Verantwortlichen wenden und verlangte das gleiche vom Landrat, der seinen Einfluss entsprechende geltend machen soll.

Gegen Schluss der Debatte herrschte nach wochenlangen Auseinandersetzungen zwischen OB und Landrat, so schien es, wieder Frieden. Sagte Jürgen Schmidt doch, dass es aller Ehren wert ist, wenn der Landrat die Zahl der nach Backnang geschickten Menschen wenigstens auf unter 200 reduzieren will.

Eine höhere Zuweisung nach Backnang hat Landrat Horst Lässig nicht vor. Aber auch er weiß natürlich nicht, was noch kommen könnte, „denken Sie nur an die Situation auf dem Balkan“.

# Eine Ablehnung wäre rechtswidrig gewesen

Der Gemeinderat hatte gar keine andere Wahl: Er musste einer Umnutzung des Langbein-Areals zustimmen

**Die Gebäude auf dem Langbein-Areal an der Gartenstraße dürfen umgebaut und zur Unterbringung von Asylbewerbern genutzt werden. Dies hat der Gemeinderat beschlossen. Das Gremium hatte auch gar keine andere Wahl.**

Hätte der Gemeinderat sein so genanntes Einvernehmen zur Umnutzung des Langbein-Areals nicht erteilt und damit dem Vorhaben der Firma Dibag eine Abfuhr erteilt, dann wäre dieser Beschluss rechtswidrig gewesen, der Oberbürgermeister hätte ihn aufheben müssen.

Das machten Baubürgermeister Frank Distel und Baurechtsamtschef Gerhard Mäule den Räten unmissverständlich klar. Denn einen Handlungsspielraum hatten weder Verwaltung noch Kommunalparlament, das Baugesetz als auch die Gerichte lassen da keinerlei Zweifel.

## Die Nutzung ist auf fünf Jahre beschränkt

Mäule: „Nach der Rechtsprechung sind Asylantenwohnheime zur vorübergehenden Unterbringung in einem Gewerbegebiet (...) ausnahmsweise zulässig, wobei in den Entscheidungen der Gerichte immer von einer Befristung der Nutzung ausgegangen wurde.“

Und befristet ist die Nutzung auch im Backnanger Fall, auf fünf Jahre. Die Sorge, die die Anwohner umtreibt, teilt die Justiz wohl weniger. Nach Auffassung der Verwaltungsgerichte sind bei befristeter

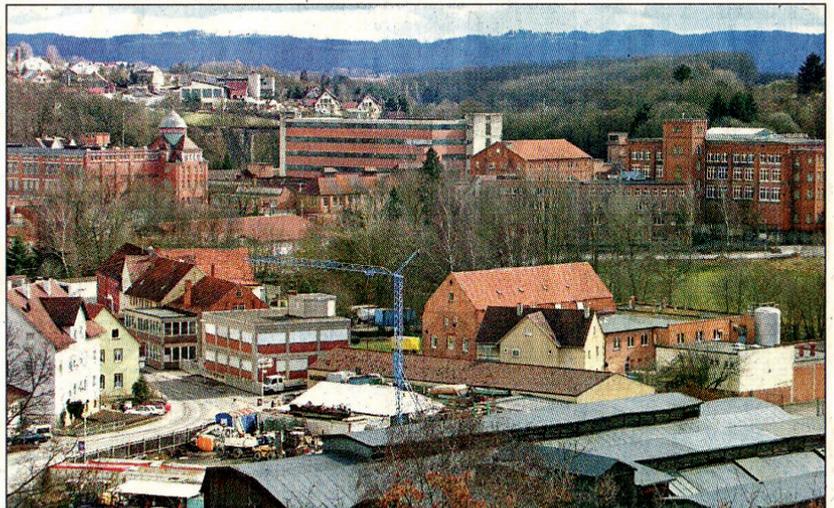
Nutzung keine unzumutbaren Beeinträchtigungen und Nachteile für Anwohner zu erwarten. Mäule in einer Tischvorlage: „Soweit die Angrenzer Belästigungen durch das Verhalten der Bewohner der Unterkunft befürchten, kann dem nicht mit baurechtlichen Mitteln entgegengetreten werden.“ Eventuellem Konfliktpotenzial müsse gegebenenfalls durch polizeiliche Maßnahmen begegnet werden. Schließlich, so hat das Bundesverwaltungsgericht mehrfach entschieden, ist das Baurecht nicht in der Lage, soziale Konflikte zu lösen.

Dass ein Ja des Gremiums bei vielen Bürgern schlecht ankommt, das erkannten auch Backnangs Stadträte. Und so hätte ein mancher am liebsten gar nicht abgestimmt. Etwa Dr. Gerhard Ketterer: „Ein Ja würde falsch verstanden.“ Doch der Christdemokrat hatte Pech, wurde er doch darauf hingewiesen, dass es der Gemeinderat selbst war, der vor einigen Jahren die städtische Hauptsatzung geändert und sich auch für solche Fälle zuständig erklärt hatte.

Kein Problem mit der Abstimmung, auch wenn's dafür keinen Beifall gibt, hatte hingegen Christa Elser. Die SPD-Fraktionschefin: „Sonst sind wir auch nicht zimperlich.“ Etwas erleichtert wurde dem

Gemeinderat sein durch die Rechtsprechung erzwungenes Ja durch Landrat Lässings Versprechen, dass er nicht über 300, sondern unter 200, beispielsweise 198, Asylbewerber nach Backnang schickt, wenn diese außerhalb des Marienheims untergebracht werden. Die Genehmigung fürs Langbein-Areal sieht maximal 195 Flüchtlinge vor. 50 davon will die Stadt anderweitig auf ihrer Ge-

markung unterbringen. Vorschläge, so sagte Erster Bürgermeister Walter Schmitt, sind in Arbeit. Zugesagt hatte Lässig auch Sozialarbeiter zur Betreuung der Asylbewerber, um so Konflikte von vornherein zu entschärfen. Heinz Franke (SPD) zum Oberbürgermeister: „Nageln Sie den Landrat fest.“ Der Beschluss erfolgte dann bei drei Gegenstimmen und bei zwei Enthaltungen.



Dibag-Gelände (hinten) und Langbein-Areal (vorne): Die Stadt musste Prioritäten setzen.